

„Auspuffhelden“ den Kampf angesagt

Ein Stadtratsantrag will Maßnahmen gegen „Lärmflanierer“ in der Innenstadt ausloten

Von Stefan Klein

Es ist ein bekanntes Phänomen: Auto- oder Motorradfahrer, die mit ihren mehr oder weniger PS-starken Fahrzeugen in der Stadt unterwegs sind und, meist an „prominenten“ Stellen wie der Altstadt, gezielt den Motor aufheulen lassen. Motto: Hauptsache laut. Für viele Anwohner und Passanten ist dies ein Ärgernis – und für die Unterzeichner eines Stadtratsantrags, die dem „Lärmflanieren“ in Alt- und Neustadt Einhaltung gebieten wollen, beileibe kein Kavaliersdelikt.

Der Initiator des Antrags ist Stefan Müller-Kroehling. Immer wieder kämen Bürger mit diesem Anliegen auf ihn zu, sagt der ÖDP-Stadtrat. „Es gibt viele Bürger, die sich darüber ärgern. Beispielsweise bei der letzten Bürgerversammlung für die Altstadt und das Nikolaviertel haben allein zwei Antragsteller dies thematisiert.“ Er selbst habe das Thema seit 2016 im Blick. „Damals, im OB-Wahlkampf, war ich mit Alexander Putz an dessen Wahlstand vor dem Rathaus im Gespräch. Dabei ist uns beiden aufgefallen, dass fast im Minutentakt Cabrios, Autos mit überdimensionierten Endschalldämpfern oder Motorräder überlaut in der Altstadt unterwegs waren.“ Er habe Putz bei dieser Gelegenheit gefragt, ob er beabsichtige, dagegen etwas zu unternehmen, wenn er OB werde. „Seine Antwort war ‚ja‘, und ich glaube, aus einem jüngeren Gespräch mit ihm, dass er dazu auch steht.“

Nun selbst Stadtrat, sei ihm in Gesprächen aufgefallen, dass auch weitere Stadträte das Thema auf der Agenda haben und offen dafür sind, es anzugehen. Dass man es jetzt in einem parteiübergreifenden Antrag gemeinsam mit den Bürgermeisterin Jutta Widmann (FW) und Thomas Haslinger sowie Rudolf Schnur (CSU/LM/JL/BfL) aufgreife, sei ein wichtiges Signal, sagt Müller-Kroehling. Die Zielrichtung des Antrags, betont der Stadtrat, sei „ausdrücklich keine Vorstufe für eine komplett verkehrsberuhigte Innenstadt. Gerade nicht in der aktuellen Situation, in der die Einzelhändler wegen Corona sowieso schon schwer gebeutelt sind.“

Es gehe „um eine kleine Minderheit von Fahrern, die ganz gezielt überlaut unterwegs sind, und darum, den gezielt erzeugten, groben Lärm aus unserer Innenstadt zu be-



Die Beamten der polizeilichen Kontrolleinheiten untersuchen, welche womöglich unerlaubten Umbauten an den Fahrzeugen durchgeführt worden sind. Umbauten, durch die das Fahrzeug lauter als erlaubt ist, sind jedoch – in Landshut zumindest – die Ausnahme.

Symbolfoto: Boris Roessler/dpa

kommen, zum Vorteil des Einkaufserlebnisses und der Aufenthaltsqualität.“

„An die Vernunft der Bürger appellieren“

Dazu sollen zuerst Informationen von Verwaltung und gegebenenfalls Polizei eingeholt werden, welche Möglichkeiten es gibt, „sich dieser Unsitte entgegenstellen“, heißt es in dem Antrag. Zudem soll eine Aufklärungskampagne entworfen werden. „Wir wollen an die Vernunft der Bürger appellieren und die Leute auf ihre Verstöße hinweisen“, erläutert Rudolf Schnur. Es sei „nicht in erster Linie an Strafen“ zu denken; man wolle vielmehr auf „entgegenkommende Art“ verdeutlichen, welche Schäden, zum Beispiel durch Lärm, durch eine solche Fahrweise entstünden. Die Wunschvorstellung der Antragsteller wäre, eine solche Kampagne bis zum Sommer, wenn die Problematik sozusagen wieder akut wird, ins Leben zu rufen.

Stefan Müller-Kroehling könnte sich beispielsweise auch digitale Anzeigen vorstellen, die Fahrer darauf hinweisen, wenn sie zu laut

sind. Die technischen Möglichkeiten wären vorhanden, etwa verdeckte Geräte zur Lautstärkemessung; er habe sich dazu in verschiedenen Gesprächen mit der Polizei kundig gemacht.

Bei Lautstärkemessungen „auf Verdacht“ ist Karl Heinz Seemann, Verkehrssachbearbeiter bei der Polizeiinspektion Landshut, eher skeptisch: „Ich denke nicht, dass das zielführend wäre. Man müsste dann ja Beamte abstellen, die den Lärm einem Fahrzeug zuordnen, oder eine Videoüberwachung haben.“ Dies könnte auch rechtlich problematisch sein. Die Polizei setze eher auf gezielte Kontrollen: In deren Rahmen hätten die Beamten die Möglichkeit, darüber aufzuklären, wie man angepasst fährt. Auch gezielte Lautstärkemessungen am jeweiligen Fahrzeug würden dabei durchgeführt.

Meistens sind Fahrzeuge „schon ab Werk so laut“

Wobei überhöhte Lautstärke fahrzeugseitig „nicht das große Problem bei uns“ sei, auch nicht in der einschlägigen „Tunerszene“. Dies hätten ihm auch Kollegen der da-

rauf spezialisierten Kontrollgruppen bestätigt. „Fälle, in denen Fahrzeuge durch Umbauten zu laut sind, beispielsweise wegen einer dauerhaft geöffneten Auspuffklappe, sind die absolute Ausnahme. Das führt dann zum Erlöschen der Betriebserlaubnis. Meistens sind sie aber schon ab Werk so laut“, so Seemann. Im Stadtbereich habe es im Vorjahr nach Kontrollen 35 Fälle gegeben, die mit einem Verwarngeld oder dem Erlöschen der Betriebserlaubnis geahndet worden seien. Hinweise auf oder gar Anzeigen wegen überhöhter Lautstärke wiederum kämen nur sehr selten vor.

Seitens der Stadtverwaltung ist eine Aufklärungskampagne, wie von den Antragstellern gewünscht, jedenfalls durchaus vorstellbar. „Vielen ist vielleicht nicht bewusst, dass zu hohe Lautstärke eine Ordnungswidrigkeit darstellt und Geldbußen nach sich ziehen kann“, gibt Ordnungsamtsleiter Benedikt Neumeier zu bedenken. Er geht davon aus, dass die Verwaltung nach Rücksprache mit der Polizei behörden- und ämterübergreifend eine Lösung diesbezüglich erarbeiten wird.